

Mitteilungsblatt 152

April 2026

Politischer Rund-um-Blick: 2026 könnte ein Jahr der Reformen werden

Während die Gesundheitspolitik im letzten Jahr eher verhalten in die neue Legislaturperiode gestartet ist, zeichnet sich langsam ab, in welche Richtung die gesundheitspolitische Reise gehen soll – und gerade für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) sind die Entwicklungen hochrelevant. Doch zunächst ein Blick zurück.

Bisher lag der Fokus des BMG darauf, Gesetzesvorhaben umzusetzen, die bereits in der vergangenen Legislaturperiode angestoßen wurden. Das bedeutendste Projekt, das aus der vorherigen Legislatur herüberraagt, ist das **Krankenhausreformenpassungsgesetz (KHAG)**, mit dem die Krankenhausreform der Ampelregierung nachjustiert werden soll und welches inzwischen abgeschlossen ist. Nach intensiven Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen wurde das Reformprojekt an entscheidenden Stellen abgeschwächt, aber nicht dergestalt, dass dieses so zentrale Reformprojekt vollends an die Wand gefahren wurde. Positiv fällt auf, dass Leistungsgruppen und Qualitätsvorgaben als zentrale Steuerungsinstrumente bestehen bleiben. Für die GKV ist das ein wichtiger Erfolg, denn diese Elemente gelten als Hebel für eine bedarfsgerechte, qualitätsorientierte Versorgung. Darüber hinaus sind zumindest keine zusätzlichen Kosten für die Kassen zu erwarten. Angesichts der angespannten Finanzlage ist das ein nicht zu unterschätzender Punkt. Kritisch zu sehen ist jedoch, dass durch weitere Ausnahmeregelungen bei den Leistungsgruppenzuweisungen – zunächst für drei Jahre mit Option auf weitere drei Jahre Verlängerung – der Konzentrations- und Spezialisierungsprozess zu stocken droht. Immerhin hat die Regierungskoalition bei den Pflegepersonaluntergrenzen nicht nachgegeben, diese bleiben als Qualitätskriterium bestehen. Eine schriftlich fixierte Zusage des Bundes mittels Protokollnotiz zur abschließenden Beratungsunterlage im Bundesrat erwägt außerdem die Möglichkeit, Mittel aus dem Transformationsfonds auch für substanzerhaltende Maßnahmen zu verwenden. Das könnte die eigentliche Zielsetzung – Transformation statt Sanierung – weiter verwässern. Insgesamt bleibt die Krankenhausreform ein Balanceakt zwischen föderalen Interessen und dem Anspruch, die Versorgung effizienter und qualitativ besser zu gestalten.

Neben dem KHAG wurden bis dato **mehrere kleinere Gesetzesvorhaben umgesetzt**: Die Online-Sozialversicherungswahlen wurden als reguläre Option eingeführt. Ein explizites Lachgasverbot soll Missbrauch eindämmen. Mit dem Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege (BEEG) erhalten Pflegefachpersonen erweiterte Befugnisse, Bürokratie in der Pflege soll abgebaut werden. Ergänzt wurde dies durch ein „kleines Sparpaket“ über 2 Mrd. Euro für die GKV, welches vor allem im laufenden Jahr Wirksamkeit entfaltet. Mit dem Gesetz zur Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegeassistentenausbildung wird ein eigenständiges Berufsprofil umgesetzt, das die Pflege stärken und bundesweit vereinheitlichen soll. Diese Maßnahmen sind wichtig, aber sie lösen nicht die strukturellen Herausforderungen des Systems. Genau deshalb richtet die Gesundheitspolitik den Blick nun auf das zentrale Thema des Jahres eher sogar dieser gesamten Legislaturperiode: die Stabilisierung der GKV- und SPV-Finzen.

Die vom BMG eingesetzte **Finanzkommission Gesundheit** hat am 30. März fristgerecht ihre ersten Vorschläge zur Stabilisierung der GKV-Beitragssätze vorgelegt. Während die langfristigen

Strukturvorschläge erst zum Jahresende erwartet werden, zeigt bereits das jetzt vorliegende Maßnahmenpaket eine bemerkenswerte Nähe zu den Positionen der gesetzlichen Krankenversicherung. Aus über 1.700 (!) im schriftlichen Beteiligungsverfahren eingereichten Vorschlägen wurden 66 Empfehlungen ausgewählt, die nach Einschätzung der Kommission ein Einsparpotenzial von rund 42 Mrd. Euro im Jahr 2027 und bis zu 63,9 Mrd. Euro im Jahr 2030 entfalten könnten. Damit ließe sich die prognostizierte Deckungslücke von etwa 15 Mrd. Euro (2027) bzw. bis zu 40 Mrd. Euro (2030) theoretisch vollständig schließen – und der Beitragssatz über mehrere Jahre stabil halten.

Bitte nutzen Sie den QR Code, wenn Sie weiter lesen möchten oder gehen Sie auf unsere Website unter Downloads Anlagen zu diesem Mitteilungsblatt.



Selbstverwaltung und Schulen im Dialog

Zukunftswerkstatt am 29. Juni in Berlin

Was beschäftigt junge Menschen, wenn sie an ihre Gesundheit denken? Welche Erwartungen hat die Generation Z an eine moderne Krankenkasse? Und in welchen Bereichen würden sich Schülerinnen und Schüler ehrenamtlich engagieren? Über diese Fragen diskutieren Vertreter:innen der Sozialen Selbstverwaltung im Frühjahr bei Besuchen vor Ort mit Schulklassen von drei Berufsschulen in Berlin und Potsdam im Rahmen der Interimskampagne „Mitreden“. Der Austausch soll das gegenseitige Verständnis fördern und die Schüler:innen über die Sozialwahl sowie die Arbeit der Verwaltungsräte der Ersatzkassen und der Deutschen Rentenversicherung Bund informieren. Über die Schulbesuche wird auf den bekannten Social-Media-Kanälen auch mit Videobeiträgen berichtet.

Im Anschluss an die Unterrichtseinheiten werden sich die Schulklassen mit ihren Lehrkräften zu ausgewählten Fragestellungen Gedanken machen und hoffentlich spannende und kreative Ausarbeitungen anfertigen. Ziel ist es, diese bei der Zukunftswerkstatt am 29. Juni in Berlin am EUREF-Campus ausgewählten Gästen zu präsentieren. Alle weiteren Interessierten können die Veranstaltung von ca. 10-13 Uhr per Livestream daheim verfolgen.

Merken Sie sich den Termin schon einmal vor und seien Sie auch online dabei, wenn die jungen Menschen ihre Ergebnisse vorstellen! Weitere Informationen zu der digitalen Teilnahme-Möglichkeit entnehmen Sie bitte der Website www.sozialwahl.de.

Sozialwahl: Planungen für Online-Wahlen gestartet

KKH war Gastgeberin für das Auftakttreffen der ARGE

Ende März waren die Leiter:innen der Büros der Selbstverwaltungen der beteiligten Ersatzkassen TK; Barmer, DAK, KKH und hkk, Projektverantwortliche und Sprecher:innen der Arbeitsgemeinschaft „ARGE Online-Wahlen 2029“ zur Auftaktveranstaltung zu Besuch in der Hauptverwaltung der KKH Kaufmännische Krankenkasse. Bei diesem ersten gemeinsamen Austausch in Präsenz präsentierte sich die KKH als ausgezeichnete Gastgeberin. Nach einem gemeinsamen Abendessen in informeller Atmosphäre im gegenüberliegenden Restaurant des Hotels Wyndham wurden am nächsten Tag die Projektstruktur, erste inhaltliche Vorbereitungen zur Ausschreibung des Wahldienstleisters sowie organisatorische Voraussetzungen für die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren in den Räumlichkeiten der KKH besprochen.

Gemeinsam werden ab sofort in regelmäßigen Online-Sitzungen alle Vorbereitungen getroffen, um nach dem Modellprojekt 2023 den Versicherten auch bei der Sozialwahl 2029 eine digitale Abstimmungsmöglichkeit neben der bewährten Briefwahl anbieten zu können. Die KKH ist mit Lars Focke als Leiter des Selbstverwaltungsbüros und mit Maren Teichmann als Leiterin des Projektes Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit in dem Gremium vertreten. Auch die Gesellschafterversammlung ist in diesem Zuge erstmals digital zusammengekommen und hat die Rahmenbedingungen für die Projektstruktur freigegeben. Dazu hat die ARGE eine gemeinsame Pressemitteilung veröffentlicht: <https://www.kkh.de/presse/pressemeldungen/argeonlinewahl>



Startschuss für unsere neuen Regionalgruppen West/Ost/Nord und Süd

Wir haben unsere Regionalgruppen reorganisiert, so dass der Startschuss erfolgen kann. Unsere Regionalgruppen werden ab Spätsommer ihre Veranstaltungen durchführen, zu der Sie eingeladen werden. In der heutigen digitalen Welt können Sie auch per Videokonferenz teilnehmen, um aktuelles zu erfahren. Rufen Sie unsere Website www.kkh-versichertengemeinschaft.de auf, Sie finden unter der Rubrik „Regionalgruppen“ Ansprechpartner und die E-Mail-Adressen.

Mit unseren ehrenamtlichen Tätigen der Regionalgruppen haben wir als Vorstand gemeinsam die Weichen gestellt, um Sie zu erreichen und Sie zu betreuen. Wir haben alle Fragen, Vorstellungen und Wünsche zusammengetragen, ausgewertet und abgestimmt. Damit sind wir einen Schritt weitergekommen und können Sie besser vor Ort betreuen, denn unser Anliegen ist, die Selbstverwaltung als Grundpfeiler eines demokratischen Staates zu erhalten und allen Versuchen einer Kompetenzbeschneidung der Selbstverwaltung zu begegnen. Das gilt vorrangig für das Satzungsrecht und des Haushaltsrechts. Nur so lassen sich die Grundsätze einer ehrenamtlichen Selbstverwaltung aufrechterhalten. Dafür setzen wir uns in Ihrem Interesse ein und werden als Liste 1 bei der nächsten Sozialwahl wieder antreten.



Sie möchten noch schneller informiert sein?

Senden Sie uns Ihre Mailanschrift: info@kkh-versichertengemeinschaft.de und wir posten regelmäßig aktuelle Beiträge zu verschiedenen Themen, besuchen Sie uns, abonnieren Sie unsere Kanäle und „teilen und liken“ Sie Beiträge, die Ihnen gefallen. So helfen Sie uns, unsere Beiträge auf Ihre Interessen abzustimmen. Sind Sie nicht in den sozialen Medien unterwegs, bietet unsere Website auch alle News, die für Sie bestimmt interessant sind.

Wir wünschen Ihnen einen sonnigen und entspannten Sommer, genießen Sie ihn.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Goohsen-Tute

Michael Witte